

# Solidarität

## unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://proSV.akis.at>

### Schellings Steuerreform:

## Spare froh bei den arbeitenden Menschen Schone Konzerne, Banken und Vermögende



**5 bis 6 Milliarden Euro soll je nach Konzept die angebliche Steuerreform für die Masse der Bevölkerung bringen.**

Dabei wird immer klarer, dass vieles davon über die Hintertüre wieder von uns arbeitenden Menschen selbst finanziert wird, uns auf anderen Ebenen wieder weggenommen werden wird. Aber selbst die genannten rund 6 Milliarden sind ein Hohn, denn alleine durch die Steuerprogression ist den Menschen in der Vergangenheit ein Vielfaches dieses Volumens schon vorweg geraubt

worden. Die „Steuerreformdebatte“ ist vergleichbar mit dem Werfen von Nebelgranaten, damit man nicht sieht, was möglich wäre.

#### Kein Geld da für eine Steuerreform?

- Das reichste Prozent der ÖsterreicherInnen erhält mehr als 100.000 Euro pro Jahr an Kapitaleinkommen, 95 % der Menschen müssen arbeiten gehen, um Geld zu verdienen.
- Das Vermögen des reichsten 1% macht über 615 Milliarden Euro aus (Attac, AK).
- 1% der Bevölkerung Österreichs besitzen 27% des Geldvermögens und 22% des Grundvermögens. 10% der Bevölkerung haben 54% des Geldes und 61% der Immobilien. Die untere Hälfte hat nur 8% des Geldvermögens und nur 2% an Grund und Boden (*Quelle: OENB Geldvermögens- und Grundvermögens-erhebung*)
- Bis zu 100 Milliarden. Euro Privatvermögen liegen in 3.200 Stiftungen – die Steuern dafür machen gerade einmal 451 Millionen Euro,

also verschwindende 0,45 Prozent aus (Presse, 12.9.2014).

- Ein normaler Beschäftigter zahlt zwischen 36 und 43 Prozent an Steuern, also das 100-fache.
- Im Jahr 2013 waren 1.572.000 ÖsterreicherInnen, das sind fast 19 Prozent der Bevölkerung, armutsgefährdet (Kurier, 25.10.2014)
- Die OECD schätzt, dass weltweit von Konzernen jährlich etwa 1.600 Milliarden Euro in Steueroasen oder Niedrigsteuergelände verschoben werden.

#### Gegenfinanzierung – leicht möglich

Abgesehen von den obigen Zahlen: Seit mittlerweile 30 Jahren wird in Österreich eine Wertschöpfungsbemessung diskutiert und erfolgreich von der Industrie verhindert. Doch auf lange Sicht führt kein Weg daran vorbei. Durch Rationalisierungen, Teilzeitjobs, Kürzungen von Löhnen und Gehältern, Arbeitslosigkeit sinken die Einkommen der Masse der arbeitenden Menschen und damit absolut gesehen die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungs-

beitragen. Deshalb ist in der Staats- und in den Sozialversicherungskassen „nicht genug Geld“ da, muss dauern „gespart“ werden. Weil eben die wirklich etragreichen Quellen ganz einfach nicht angegriffen werden. Eine Umbasierung ist daher nötig und würde sich für die überwiegende Masse der Bevölkerung mehr als lohnen. Nach einer Studie der

Wirtschaftsuniversität Wien aus 2004 (Zechmeister/Meichenitsch) gäbe es ein geschätztes Potenzial für eine Wertschöpfungsgrundlage von bis zu 200 Milliarden Euro. Allein eine Besteuerung dieses Milliardenkuchens mit bloß 1% brächte 2 Milliarden im Jahr. Warum aber wird dieser Weg nicht beschritten? Weil nicht sein darf, was sein kann: Es gäbe dann nämlich

kein Budget-, Pensions-, oder anderes Defizit, keine Probleme mit Arbeitszeitverkürzung oder für mehr Geld für Bildung. Und somit keinen Grund für Privatanbieter, sich als Ausweg aus dem angeblich „nicht mehr finanzierbaren“ Gesundheits-, Bildungs-, Pensionssystem usw. anpreisen und damit nochmals saftige Gewinne scheffeln zu können. O

**Erfolge für AKH-Leiharbeitskräfte erreicht:**

## **Kämpferische und selbstlose AGO-Betriebsräte**

**Regelmäßig haben wir über die unerträglichen Praktiken seitens des KAV im AKH Wien, die schwierigen Umstände des Betriebsrats der Leiharbeitsfirma AGO und den Auftragsverlust und der damit einhergehenden Zukunftsängste hunderter Beschäftigter berichtet. Mit Beginn des Jahres 2015 ist es nun endgültig aus für die Belegschaftsvertretung. Doch noch einmal von Anfang an.**

### **Repressionen bei der Gründung des Betriebsrates**

Im Jahr 2014 haben sich einige in ein Kommissionierungslager verliehene Arbeiter der Firma AGO dazu entschieden, einen Betriebsrat in ihrer Firma zu gründen. Zu diesem Zeitpunkt waren beim AGO ca. 1.100 MitarbeiterInnen beschäftigt was somit eine der größten Betriebsratsgründungen im Jahr 2012 darstellte. Doch der Weg zur Gründung wurde vonseiten der Geschäftsführung von Anbeginn an torpediert. Zwei Wochen vor der Wahl gab es eine Teilbetriebsauslagerung – genau der Lagerstandort, an dem sich die bereitwilligen Kollegen zur BR-Gründung gefunden hatten. Infolge dieses Teilbetriebsübergangs, dem alle potenziellen BR-Kandidaten umgehend widersprochen haben, wurde dann auch der Wahlvorstand gekündigt. Einen Tag vor der Wahl.

Darauf folgte ein Rechtsstreit, der mithilfe der Gewerkschaft ProGe zuerst vorm Arbeits- und Sozialgericht und dann aufgrund der Komplexität der Situation in einem Mediationsverfahren gelöst werden

konnte. Nach einem Jahr konnte die Wiedereinstellung und die Nachzahlung des Verdienstentgangs erwirkt werden und die gewählten BetriebsrätInnen konnten ihre Arbeit nun auch offiziell wahrnehmen.



### **Auftragskündigung im AKH**

Bereits kurz nach der Anerkennung als Betriebsrat musste dieser feststellen, dass für die vertretenen ArbeiterInnen ein Ablaufdatum gilt. Aufgrund mehrerer medial bekannt gewordener Skandale im Zuge der Auftragsvergabe an AGO durch die Ausschreibung des KAV (Krankenanstaltenverbund) wurden die Verträge mit AGO gekündigt. Anstatt weiterhin auf Leiharbeit zu setzen oder gar die seit Jahren im AKH Beschäftigten mittels Fixanstellung in den Gemeindedienst zu übernehmen, kamen nun Fremdfirmen zum Zug, die für die gleiche Arbeit nun rund 30 Prozent weniger Einkommen auszahlen. Offiziell argumentiert wurde dies vonseiten der Wiener Stadtregierung und des KAVs durch die höhere Kompetenz der Fremdfirma. Dass hier jahrelang Zufriedenheit mit den ArbeiterInnen herrschte und mehrere Hundert aufgrund der Verfehlungen

des Managements ihren Job verlieren wurde selbstverständlich nie dazu gesagt. Im Gegenteil: Die Wiener Gesundheitsstadträtin Wehsely wurde bei einer öffentlichen Veranstaltung von einigen AGO-ArbeiterInnen und deren BR auf die unerträgliche Situation im AKH – immerhin eines der größten Krankenhäuser Europas – angesprochen. Die Antwort war so ernüchternd wie schockierend. Anstatt sich Gedanken über die immer schlechter werdende PatientInnenversorgung zu machen, wurde entgegnet, dass sie für ganz Wien zuständig sei und sich daher nicht um die Interessen von rund 700 Beschäftigten des AGO im AKH kümmern könne.

Auch 4.000 Unterschriften die gesammelt wurden und eine Übernahme in den Gemeindedienst forderten sowie eine Protestkundgebung beim Wiener Rathaus konnten an diesem Desinteresse seitens der Wiener Gemeindepolitik nichts ändern.

### **Nachfolgefirmen und Auswirkungen**

Stattdessen kam anstelle der rund 350 in Hausarbeit und Reinigung beschäftigten LeiharbeiterInnen wie bereits angesprochen eine Fremdfirma zum Zug, die durch niedrigere Löhne, geteilte Dienste und keinerlei Weisungsgebundenheit an das AKH-Personal bei allen Beteiligten für Empörung sorgte. Diese Empörung blieb bis heute ungehört. Der BR konnte die Kündigungen zwar nicht verhindern, in diesem Zusammenhang allerdings den österreichweit ersten Sozialplan in einer Leiharbeitsfirma erkämpfen.

In den Bereichen der Abteilungshilfe, des Krankentransports und mehrerer anderer Hilfstätigkeiten kam nun wieder eine Leiharbeitsfirma zum Zug. Hatte es zu Beginn noch geheißen, alle Beschäftigten bei AGO müssen kündigen und sich bei der Nachfolgefirma neu bewerben, so konnte der AGO-BR zumindest dieses Szenario verhindern. Mittels harter Verhandlungen vonseiten des BR und der Gewerkschaft mit der Nachfolgefirma, dem AKH und dem KAV konnte eine Übernahme aller Beschäftigten erwirkt werden. Die Streichung des zuerst angedachten Probemonats, die Anrechnung aller

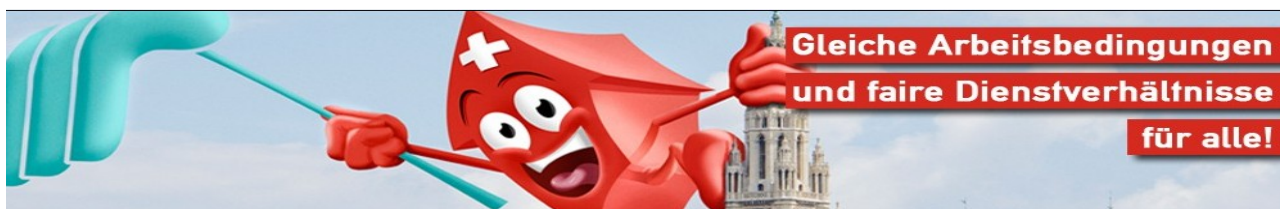
Vordienstzeiten und die erstmals korrekte Auszahlung von Zuschlägen konnten ebenfalls mit der Nachfolgefirma vereinbart werden.

#### Resümee

Der AGO-BR hatte von Anbeginn seiner Gründung immer mit starkem Gegenwind zu kämpfen. Das Ziel der Übernahme aller Beschäftigten in den Gemeindedienst konnte aufgrund des politischen Unwillens nicht erreicht werden. Es konnten aber dennoch einige Erfolge verbucht werden, so etwa der Sozialplan für die gekündigten Beschäftigten in der Hausarbeit oder die Übernahme aller

Beschäftigten in die Nachfolgefirma im Bereich Krankentransport und Abteilungshilfe.

*„Das Wichtigste aber ist,“ so AGO-Betriebsrat Raymond Karner „dass unsere KollegInnen ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, wie wichtig eine betriebliche Interessensvertretung ist. Den Sozialplan oder auch den Übergang zur Nachfolgefirma hätte es ohne Betriebsrat nicht gegeben. Und ohne die Unterstützung unserer KollegInnen hätten auch wir nichts erreichen können. Dafür möchte ich mich auch hier noch einmal bedanken.“*



## ÖIAG-Zukunft

**Mitte Dezember hat sich die Regierung zusammengesetzt, um die ÖIAG-Neu zu besprechen. Das ist eine gefährliche Drohung.**

Nach der Ausverkaufs- und Privatisierungswelle der 2000er Jahre (siehe unsere letzte Ausgabe), nach dem Verschern der AUA und zuletzt der willfährigen Übergabe der Telekom Austria an America Movil, sollen nun andere Betriebe des öffentlichen Bereichs wie OMV, ÖBB, ASFINAG, Verbund usw. so in eine neue ÖIAG eingebracht werden, dass sich das in- und vor allem ausländische Privatkapital die besten Filetstücke leicht herauschneiden kann. Schon bislang wurden die Gewinne der ÖIAG-Betriebe zum größ-

ten Teil privatisiert, die Löhne und Gehälter der Beschäftigten gekürzt, wie z.B. bei der Post: Da stiegen von 2012-2013 etwa die Dividenden um +326%, die Vorstandsbezüge um +168%, während 20% der Beschäftigten abgebaut wurden.



Die ÖIAG-Betriebsräte habe völlig zurecht die Zustimmung zum Telekom-Ausverkauf verweigert. Die Telekom-Austria-Betriebsräte verlangen die

Rückführung in österreichische Mehrheit. Auch die Belegschaftsvertreter von ÖBB oder ASFINAG wehren sich vehement dagegen, in eine ÖIAG-Neu hineingepfercht zu werden. Berechtigt befürchten sie die Zerschlagung und den Ausverkauf der Unternehmen zum Schaden der Beschäftigten und der wirtschaftlichen Selbständigkeit Österreichs.

Laut Telekom- Austria Vize-Betriebsratsvorsitzenden Werner Luksch gehören prinzipiell wichtige Infrastrukturunternehmen in die öffentliche Hand. Derzeit zähle bei der ÖIAG nur der Privatisierungsauftrag, Infrastrukturunternehmen seien aber "zu wichtig für ausländische Hände." (futurezone, 24.11.2014)

## Sozialversicherung:



Wir haben in unserer letzten Aussendung über den Wechsel an der Spitze der Sozialversicherungen, dem Hauptverband, ausführlich berichtet. Wir danken für die zustimmenden

Rückmeldungen und haben vor, im kommenden Jahr mehr zum Thema Gesundheit, Sozialversicherung und Pflege zu berichten und gemeinsame Aktivitäten zu setzen. <http://prosv.akis.at>

## Schwerpunkt: Krise und Kriegsgefahr

# Kriegstreiber am Werk

**„Es gibt derzeit drei Gefahren: Die Seuche, die das Ebola-Virus auslöst, die russische Aggression in Europa und die IS-Terroristen in Syrien und im Irak.“** (US-Präsident Obama)

**„Es gibt heute eine große Seuche und das sind die USA und ihr Führungsanspruch. Sie benutzen die Ukraine und andere Länder nur als Vorwand, um weiter nach Vormacht zu streben. Die Welt steht am Abgrund eines großen Unglücks.“** (Ex-SU-Präsident Gorbatschow)

Wir stimmen in diesem Fall Gorbatschow zu. Es sind die USA, die seit Jahrzehnten überall auf der Welt Kriegsherde schaffen und Kriege führen, ob in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Es sind die USA, die mindestens 5 Milliarden in der Ukraine investiert haben, um dort durch Putsch eine ihnen genehme Regierung zu installieren, um das Land in die NATO einzugliedern und dort einen permanenten Kriegsherd an Russlands Grenze zu schaffen. Es sind die USA, die auch ISIS gefördert und geschaffen haben, um im Nahen Osten einen Vorwand für weitere Kriege zu haben. Sie stehen in ihrem Herrschaftsstreben im Kampf um Einflussphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen in Konkurrenz zu den europäischen Großmächten. Die USA sind drauf und dran, uns um der Profite willen in einen dritten Weltkrieg zu ziehen! Sie haben unter anderem auch die IS, Al Kaida etc. gefördert, groß gemacht.

### Was sich in der Ukraine abspielt ...

... ist, dass das größte Flächenland Europas derzeit in den Einflussbereich des Westens, sprich vor allem der USA, „gekriegt“ wurde – schon 2004 mit der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ (Julia Timoschenko) – und wird:

Zuerst mit einem faschistischen Putsch, dann mit IWF- und USA-Krediten und mit einem vom Ausland finanzierten und mit Truppen und Gerät unterstützten Krieg gegen die

eigene Bevölkerung im Osten, die das nicht hinnehmen will. Oder jüngst, trotz „Waffenstillstand“, mit einem von USA- und NATO-Ländern abgehaltenen Militärmanöver bei Lwiw (Lemberg), bei dem sich NATO-Militäreinheiten im (noch) Nicht-NATO-Land Ukraine tummeln.



Doppelstrategie im Pentagon (Karikatur aus: Wiener Zeitung)

Die ukrainische Bevölkerung hat von alledem, oder vom EU-Assoziierungsabkommen und von der US-„Hilfe“ nichts als noch höhere Preise, noch höhere Arbeitslosigkeit, Einberufungen zum Bürgerkrieg (Mobilmachung), Verletzte und Tote und noch mehr Hoffnungslosigkeit. Trotz internationaler Milliardenhilfen hat die ukrainische Währung (Griwna) 60% gegenüber dem Euro an Wert verloren. Das ist gut für die Exporte der Oligarchen, katastrophal für die Bevölkerung. Weiters dürfen nur mehr 3.000 Griwna pro Tag in Devisen umgetauscht werden. Vorher war es der fünffache Betrag (Wiener Zeitung, 23.9.2014). Das ist wie im ehemaligen „Ostblock“. So schaut neben dem Krieg im Land die von USA, EU und Deutschland gebrachte „neue Freiheit“ von Timoschenko, Jazenjuk (Premier) Poroschenko und Klitschko (Kiewer Bürgermeister) für die Bevölkerung aus. Das ist der Boden vor allem für die radikalen Rechten in Politik, Parteien und in den diversen „Nationalgarden“, die parallel zur regulären ukrainischen Armee ihr tödliches Unwesen treiben. Während dessen bedankt sich der Oligarchen-

präsident Poroschenko in Washington für die US-Hilfe und fordert gleich Nato-Truppen für sein Land.

Im April erklärte US-Vizepräsident Joe Biden, der Ukraine „beim Aufbau der Demokratie“ helfen zu wollen. Hunter Biden, sein Sohn, ist seit Mai 2014 Vorstandsmitglied der Burisma Holding, des größten private Gasproduzenten der Ukraine, (*deutsche-wirtschafts-nachrichten.de* 14.05.14).

Und die neue ukrainische Regierung hat nun eine ehemalige US-Investmentbankerin, Natalie Jaresko, zur Finanzministerin. Jaresko ist als Investmentbankerin CEO beim Finanzinvestor Horizon Capital und gleichzeitig CEO beim vom US-Staat finanzierten Private Equity Fonds WNISEF, wo sie bereits für Investments in der Ukraine und in Moldawien zuständig ist. Sie hat nach Angaben auf ihrer Website selbst Transaktionen durchgeführt. Vor ihrem Einstieg ins Banking arbeitete Jaresko für das US-Außenministerium. Sie war unter anderem Leiterin der Wirtschaftsabteilung der US-Botschaft in Kiew (*Deutsche Wirtschafts Nachrichten*, 3.12.2014). Kritiker in der Ukraine sprechen offen davon, dass Poroschenko nicht Präsident der Ukraine, sondern „General Gouverneur einer Kolonie der USA und der EU“ sei (*Wiener Zeitung*, 13./4. 12. 2014).

Die gerade in den letzten Wochen publik gewordenen Machenschaften der USA im Rahmen der NATO-Geheimarmee „Gladio“ oder „Stay behind“ im Kalten Krieg, werfen vielleicht ein deutlicheres Licht auf die jüngsten Vorgänge beim „Umsturz“ in der Ukraine. „Damals haben „die Amerikaner ... stramme Anti-Kommunisten gefunden, allerdings in den Reihen der ehemaligen Nazis. Angehörige der Waffen-SS, der Wehrmacht und Hitler-Anhänger ... Tausende Schwerverbrecher des Dritten Reiches wurden so von den USA zu 'anti-kommunistischen Freiheitskämpfern' umgemodelt.“ (*Wiener Zeitung*, 13./14.12.2014).

Und heute? Heute ist ein bekennender Faschist der Polizeichef von Kiew. Heute tummeln sich bekennende Rechte und Faschisten in der Armee und vor allem in den sogenannten „Freiwilligenbataillons“.

Während Präsident Poroschenko von einer Waffenruhe im Osten spricht, die Bevölkerung immer mehr darbt, Sozialleistungen gekürzt und im Osten ganz eingesellt wurden, will die Ukraine im Jahr 2015 ihr Militärbudget auf 2,4 Milliarden Euro verdoppeln und die Truppen von 150.000 auf 250.000 Soldaten aufstocken.

#### Hintergrund:

### Scharfschützenmorde in Kiew: Die Spur führt zum Rechten Sektor

Der kanadisch-ukrainische Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa hat das Kiewer Blutbad des Februar 2014 in Eigenregie untersucht. Akribisch wertete er monatelang Zeugenaussagen, Filmmaterial und Funkübertragungen aus, um den Massenmord im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt zu rekonstruieren. Katchanovski belegt, dass auch Oppositionskräfte Scharfschützen einsetzten. Dabei nahmen die Maidan-Schützen nicht nur Polizisten, sondern auch die eigenen Leute und Journalisten unter Feuer. Die Spur führt zum Rechten Sektor (= Faschisten). (Quelle: *Telepolis/ Stefan Korinth* <http://m.heise.de/tp/artikel/43/43590/1.html>)

#### EU-„Speerspitze“

Die Eingreiftruppe „Speerspitze“ wurde Anfang September wegen des Konflikts in der Ostukraine ins Leben gerufen. Sie soll 3.000 bis 5.000 Soldaten umfassen und innerhalb von zwei bis drei Tagen einsatzbereit sein. Der Verband wird Teil der Schnellen Eingreiftruppe der Nato (Nato Response Force/NRF) sein. (Südwest Presse, 22.10.2014).

Laut einem Sprecher handelt es sich um eine flexible EU-Kampftruppe, die vor allem in Osteuropa eingesetzt werden soll, aber um keine fixe Truppe, weil dies dem EU-Russland-Abkommen widersprechen würde und von Russland als Provokation verstanden werden könnte (ORF-Ö1-Abendjournal, 2.12.2014). Aber genau das ist es.

So sagt der Russlandexperte Prof. Gerhard Mangott von der Uni Innsbruck, dass durch die Annäherung zwischen der EU und der Ukraine die Beziehungen der EU zu Russland belastet sind. „Auch die verlangte, für die Stärkung der Demokratie in der Ukraine völlig verzichtbare, Übernahme der Verteidigungspolitik der EU durch die Ukraine war mitverantwortlich für die Krise.“ (Kronen-Zeitung, 7.12.2014). Hier sagt Prof. Mangott klipp und klar, dass es bei der ganzen „Ukraine-Krise“ um den Anschluss der Ukraine an die westlichen Militärbündnisse geht. Das war der Hauptgrund der Verweigerung der Unterzeichnung des EU-Abkommens durch Janukowitsch im November 2014 und dem darauf folgenden „Umsturz“.

Und Mangott weiter: „Manche Staaten in der EU, sicher aber auch die USA, setzen darauf, die russische Wirtschaft für Jahre in die Rezession zu zwingen.“ (Krone, ebenda).

Bei der nun gescheiterten Gaspipeline „South Stream“ tut die EU so, als hätte sie diese gewollt und Russland sei Schuld am Scheitern. Das Gegenteil ist der Fall. Die EU hat auf Bulgarien und Serbien Druck ausgeübt das Projekt als nicht EU-rechtskonform zu stoppen. Auch Österreich wurde für seinen Vertrag OMV-Gazprom von EU und USA kritisiert – und ist das vielleicht auch der wirkliche Grund warum der derzeitige OMV-Chef Roiss bis Mitte 2015 gehen muss.

Doch, so Mangott: „Dieses Projekt hätte die Versorgungssicherheit gerade der süd- und zentraleuropäischen Länder erhöht und sie unabhängiger von den Gasdispunten zwischen Russland und der Ukraine

gemacht. ... Dabei wird die EU von den USA streng an der Hand genommen und zeigt dabei mehr Abhängigkeit von den USA als uns Europäern lieb sein kann.“ (Krone, ebenda).

Tatsächlich wurde erst vor kurzem beschlossen, dass die USA und die EU in Kroatien (Insel Krk) einen riesigen Terminal für Flüssiggas bauen wollen. (Handelsblatt, 5. 12. 2014).



*Immer mehr Geld für Rüstung und Krieg für „Frieden und Sicherheit“  
(Karikatur: Publik-Forum 17/14)*

#### Die Bevölkerung will keinen Krieg

Was sich z.B. in der Ukraine nicht nur im Osten, sondern auch in der Westukraine abspielt, schilderte der Historiker am Slavistikinstitut der Uni Wien, M. Kaltenbrunner, schon in der „Presse“ vom 11.9.2014 aus der westukrainischen Region Ivano-Frankivsk:

*„Ich treffe den Bürgermeister, er ist außer sich vor Zorn: 'Wenn ich in die Armee eingezogen werde, nehme ich ein Maschinengewehr und schieße die Banken der Oligarchen zusammen!' ... Zahlreiche Menschen arbeiten seit Jahren im Ausland – in Italien, Spanien, Tschechien, Polen und Russland.*

*Auch der Bürgermeister sagt: 'Ehrlich ..., ich will wieder nach Moskau, dort verdiene ich wenigstens genug zum Leben.' Männer aus dem Dorf sollten dieser Tage zur Armee*

*eingezogen werde ... viele sind nicht auffindbar, die Nach-barn schweigen, wenn die Stellungen-kommission nachfragt ... Für den Donbas in den Krieg ziehen will in der Westukraine, Hochburg des ukrainischen Nationalismus, kaum jemand.'“ Zur Mobilmachung sagt der Bürgermeister: „Entweder gehen alle oder keiner. Wenn es eine allgemeine Mobilisierung gibt, bricht auch hier im Westen ein Bürgerkrieg aus. Die Leute halten das nicht mehr aus.“ Eine Frau sagt: „Es ist mir peinlich, dass ich für Poroschenko gestimmt habe. Das sind doch lauter Gauner’“.*

Spätestens seit die ersten toten Soldaten, meist sehr junge Menschen, von der „Ostfront“ auch in der Westukraine zu beklagen sind und die Regierung die Kriegssteuer einführt, gibt es den „Aufstand der Soldatenmütter“, die die Einberufungsbefehle bei wütenden Demonstrationen öffentlich zerreißen oder verbrennen (Wiener Zeitung, 2./3. 8. 2014).

Es war nicht die Aggressivität Russland oder die Sanktionen des Westens, noch die scheinheiligen „Vermittlungsversuche“ von OSZE, Merkel, Kurz, Faymann & Co, dass der Anlass des Konfliktes und des Krieges, das EU-Assoziierungsabkommen, bis Ende 2015 ausgesetzt werden soll, sondern, dass die ukrainische Bevölkerung – sowohl im Osten, wo sie dagegen kämpft – als auch im Westen (siehe obigen Berichte), weder Bürgerkrieg, noch Krieg will. Deshalb musste Poroschenko jetzt vorläufig ein wenig einlenken. Doch die Aufrüstung (siehe oben) der Ukraine ist beschlossene Sache! (siehe oben).

### **Unverdächtiger Zeitzeuge**

**Der frühere stv. Finanzminister der USA, Paul Craig Roberts**, schrieb vor kurzem: „Eines Tages werden die Europäer aufwachen. Dann wird ihnen bewusst werden, dass Washington für sie nichts tut, außer sie vor einer nicht existierenden ‚russischen Gefahr‘ zu schützen, während es den Menschen in Europa riesige Kosten aufbürdet, indem es die

*Europäer als Truppenaufgebot (Kanonenfutter) im Krieg der USA um die Weltherrschaft verwendet. Früher oder später müssen die Europäer realisieren, dass die ihnen von den USA zugeteilte Rolle nicht in ihrem Interesse ist und sie direkt in den Dritten Weltkrieg führt, in dem die Europäer die ersten Opfer sein werden.“* (Quelle: Washington Chokes Truth With Lies. [www.paulcraigroberts.org](http://www.paulcraigroberts.org) August 13, 2014)

### **Hintergrund:**

#### **Flugzeugabsturz über der Ukraine**

### **Wer hat das Flugzeug MH17 abgeschlossen?**

#### **Eine Zeittafel zu den Ereignissen findet sich auf:**

[www.atomgegner.at/GGAE\\_3\\_Auss\\_Sept\\_14\\_endf.pdf](http://www.atomgegner.at/GGAE_3_Auss_Sept_14_endf.pdf) (Seite 7-9)

### **Kurz und Klug betreiben Kriegspropaganda**

im Schlepptau der von Deutschland bestimmten EU, die im Wettlauf mit den USA steht und wollen das als „neue Neutralitätspolitik“ hinstellen. Österreich als neutrales Land darf die Sanktionen und die Kriegshetze, die Teil der USA-EU-Kriegspolitik sind, nicht mitmachen, muss über die wahren Hintergründe und Ziele des Ukraine-Krieges aufklären, diese öffentlich verbreiten und verurteilen, nicht nur „Gesprächskanäle“ offen halten und alles was USA und EU wollen mitmachen oder bloß beteuern, dass die Neutralität auch ein Vorbild für die Ukraine sei, aber nichts dafür tun. Im Gegenteil: Kurz und Klug wollen überall an der Seite des deutschen Außenministers Steinmeier, dabei sein. Und die Bundesheerspitzen mit Klug als Minister kooperieren mit der NATO noch enger als früher. So ist Österreich seit dem NATO-Gipfel von Wales im September 2014 bei einer dort

neu gegründeten NATO-Plattform dabei, bei der es z.B. darum geht, militärische Fähigkeiten und Know-how von NATO-Staaten und Partnerländern (also auch Österreichs) zusammenzuführen. So sollen etwa auch Trainings von internationalen Einsatzkräften intensiviert werden (Kurier, 28.8.14). Weil der Chef des Milizverbandes, Michael Schaffer, kritisierte, dass die Heeresspitzen weiter und trotz Volksbefragung ein Berufsheer durch die Hintertür anstreben, wurde er abgesetzt.

Das Mitmachen der EU-USA-NATO-Kriegspolitik ist brandgefährlich für Österreich und seine Menschen. Es ermöglicht zudem dem blau-braunen Strache, sich als Hüter der Neutralität aufzuspielen. Was Strache wirklich meint ist, dass nicht die USA, sondern Deutschland in der Ukraine und in Osteuropa bis hin nach Russland diktieren soll. Richtig ist, dass rund 2/3 der Österreicher die Sanktionen gegen Russland und die EU-Ukrainepolitik ablehnen. Richtig ist, dass weit mehr als 80 Prozent der Bevölkerung für die Neutralität sind. Umso verwerflicher ist die EU-hörige und an Deutschland orientierte Politik der SPÖ-geführten österreichischen Regierung. Umso wichtiger ist es, dass die „Kritik“ nicht den Straches überlassen werden darf.

### **Kriegführen ohne Kriegserklärung**

Es sind in Wirklichkeit nicht die ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gegensätze, die die aktuellen Krisen verursachen. Diese Unterschiede werden nur bewusst ausgenutzt, um Menschen gegeneinander zu hetzen. Dazu werden Unsummen an Geldern in die Förderung diversester „radikaler Gruppen und Bewegungen“ – wie es zuvor Al Kaida war und wie es jetzt IS ist, gesteckt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung der IS, deren Kommandanten oft in Großbritannien und den USA ausgebildet wurden, mit denen sich z.B. John McCain, der ehemalige Republikanische Präsidentschaftskandidat schon 2013 traf (Quelle: <http://countercurrentnews.com/2014/06/isis-pr-mccain>), kehren die USA

zurück in den Irak – und mit ihnen im Schlepptau (das ist der Unterschied zu 2003, als Bush alleine abkassieren wollte) Frankreich, Großbritannien und Deutschland – und bombardieren jetzt gar „an der Seite Assads“ Syrien – was sie schon immer vorhatten. Jetzt wird auch schon wieder – wie zu Zeiten des USA-Bush-Krieges gegen den Irak – die Dreiteilung des Iraks diskutiert.



Der „Friedensnobelpreisträger“ Obama – das Nobel-Komitee hat übrigens jüngst die Vergabe des Preises bedauert – führt aber, trotz „Truppenabzug“, auch weiterhin Krieg in Afghanistan und im Irak. Im Irak verdoppelten die USA – neben den Flugangriffen im Namen der IS-Bekämpfung – die offizielle Truppenpräsenz auf 3.000 Soldaten (Krone, 9.11.2014). In Afghanistan dürfe „die Truppe wie bisher weiter direkt Aufständische bekämpfen und einheimische Sicherheitskräfte unterstüt-

zen“ (Kurier, 23.11.14). Wie sich das in der Ukraine abspielt, haben wir schon oben dargestellt.

### **Der Crash – der Ausweg für die Kapitalisten**

Die beiden Autoren Marc Friedrich und Matthias Weik beschreiben in ihrem Buch „Der größte Raubzug der Geschichte. Der Crash ist die Lösung“, dass das heutige Wirtschaftssystem am Ende ist. Wie wahr. Doch was heißt das wirklich? Es bedeutet, dass die Herrschenden mit ihrer Profitmacherei auf Kosten der Bevölkerung an die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen durch die „normale“ Ausbeuterei stoßen. Für sie gibt es keinen Ausweg, um ihre Profite zu sichern als den großen Crash samt Krise, Unterdrückung und Krieg. Die Menschen werden schon jetzt und dann erst recht enteignet und dezimiert, damit sich Profitmachen währenddessen und „danach“ wieder „rentiert“.

### **Unser Ausweg – Neutralität statt Kriegsteilnahme**

Auch nicht im Deckmantel der internationalen „Friedenssicherung“. Bei uns in Österreich wird die IS unter anderem als Vorwand verwendet, um Gesetze zu ändern, so z.B. wird der Verhetzungsparagraph verschärft. Das kann dann auch gegen alle anderen unliebsamen Meinungsäußerungen von Kritikern eingesetzt werden. Unter dem Vorwand, uns vor

der IS zu schützen, werden nicht nur Flüchtlinge diskriminiert. Auch wir sollen, wie die Menschen in ganz Europa, in „Angst und Schrecken“ versetzt werden und uns an noch mehr Polizei, an noch mehr Abbau demokratischer Rechte = Demokratie, an Kriegsberichterstattung und Kriege gewöhnen.

Unter Bruch der Neutralität stehen seit 1. Jänner 2011 österreichische Soldaten im Rahmen der battle-groups für die EU-Krisen- und Kriegseinsätze für die EU-Krisen- und Kriegseinsätze Gewehr bei Fuß. Für Auslandseinsätze des Bundesheeres in der neuen EU-Interventionsarmee (EU-Kampftuppen) sollen wir zahlen, all das unter dem Vorwand, dass unsere Sicherheit bedroht sei. Das Gegenteil ist der Fall, die Teilnahme Österreichs an EU-Raubzügen und Kriegen macht uns erst zum Angriffsziel.

Diese Teilnahme ist mit Österreichs Neutralität unvereinbar und auch nicht mit der Volksbefragung 2013, in der die große Mehrheit der Österreicher für die Beibehaltung der Wehrpflicht, für das Milizheer und gegen ein Berufsheer für Auslandseinsätze gestimmt hat.

### **Solidarischer Widerstand gegen Kriegspolitik – für Neutralität statt Gewehr bei Fuß!**

(Quellen: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 3+ 4/14)

## **AUFRUF: „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“**

Namhafte und einflussreiche Personen sind gegen den US/EU- Wirtschaftskrieg gegen Russland, gegen einen drohenden offenen, militärisch geführten großen Krieg. Bei aller diplomatischen Vorsicht in den gewählten Worten des Aufrufs ein deutliches NEIN zur anhaltenden vasallenhaften Haltung und Politik der EU und ihrer Galionsfiguren wie Merkel und Konsorten gegenüber dem US-amerikanischen Streben nach Weltherrschaft.

Mehr als 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien warnen in einem Aufruf eindringlich vor einem Krieg mit Russland und fordern eine neue Entspannungspolitik für Europa. Ihren Appell richten sie an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die Medien. Initiiert wurde der Aufruf vom früheren Kanzlerberater Horst Teltschik (CDU), dem ehemaligen Verteidigungsstaatssekretär Walther Stützel (SPD) und der früheren Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne). Aus der Liste der Unterzeichner: Mario Adorf, Schauspieler, Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur), Dr. Klaus von Dohnanyi (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg), Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a.D.), Reinhard und Hella Mey (Liedermacher), Georg Schramm (Kabarettist), Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.) usw.

Der Aufruf im Wortlaut – siehe unter: [www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog](http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog)

# Rüstungsmedien

„Die Anstalt“, eine kritische Sendung des deutschen ZDF, zeigte kürzlich die unten grafisch dargestellte Verbandelung und Verflechtung wichtiger deutscher Journalisten der „unabhängigen“ Presse mit Think Tanks der Rüstungsindustrie.

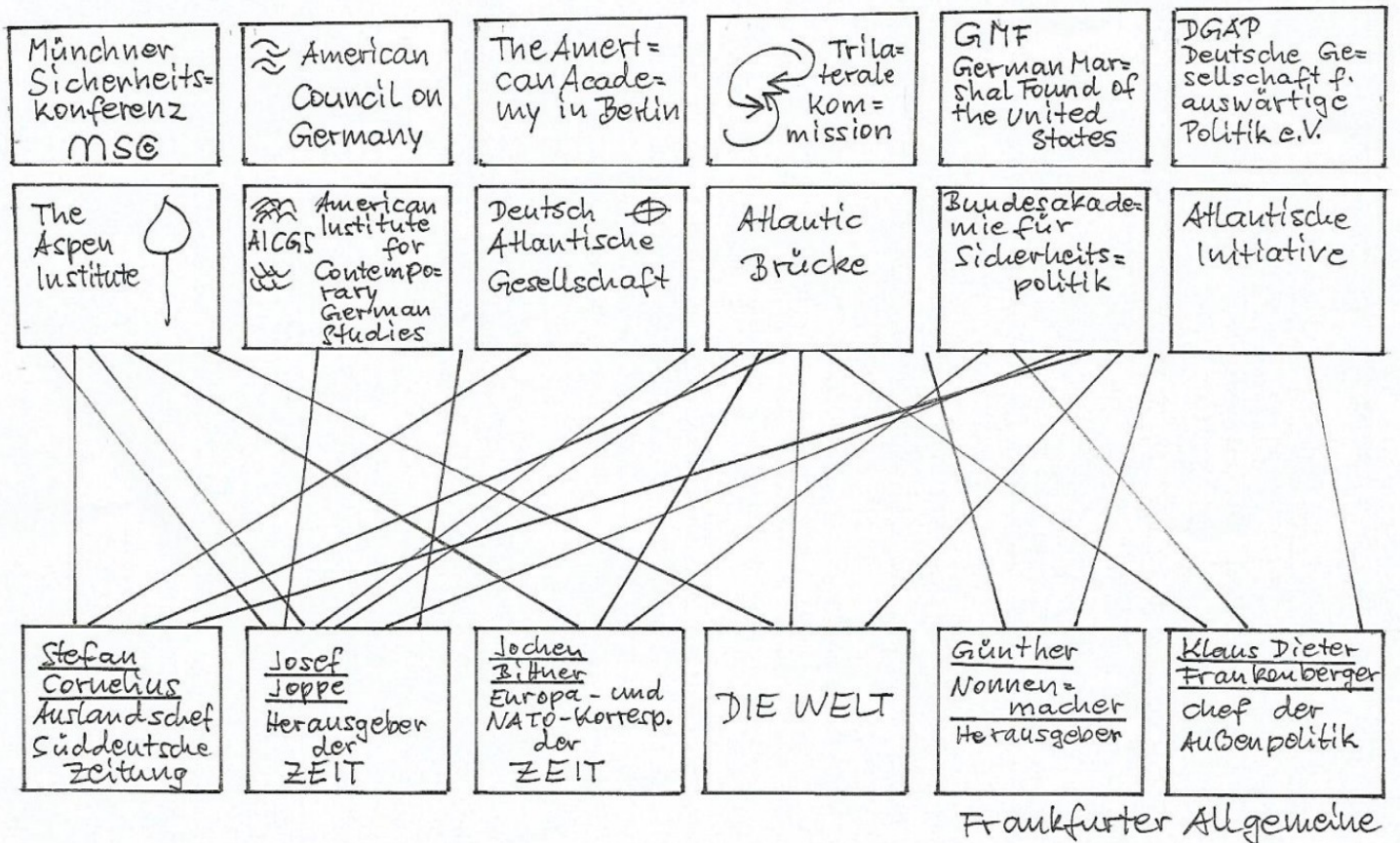
Die oberen zwölf Kästen zeigen Think Tanks der Rüstungsindustrie, die sich mit Sicherheitspolitik von NATO, USA und EU befassen. Alle diese Think Tanks bringen als einzige Antwort auf alle Sicherheitsfragen immer nur „Rüstung“ heraus. Die unteren sechs Kästen zeigen Journalisten wichtiger deutscher Zeitungen, die jeweils in mehreren dieser Think Tanks in wichtigen Positionen vertreten sind. Das

bedeutet, dass sie an wichtigen Papieren zur Sicherheitspolitik der NATO, Deutschlands und der USA mitarbeiten, das heißt an Konzepten, die auf Rüstung und Krieg hinarbeiten. Diese Journalisten stellen „ihre Arbeit“ in den Think Tanks dann auch dementsprechend positiv in ihren Zeitungen dar, anstatt ihnen mit einer kritischen Haltung gegenüber zu treten.

Ein Beispiel: Jochen Bittner (3. Kasten von links) von der ZEIT war maßgeblich beteiligt an der Formulierung der Rede des deutschen Bundespräsidenten Gauck durch GMF (siehe Grafik), in der Gauck einen vermehrten Einsatz von deutschen Truppen im Ausland forderte, um

Deutschlands Interessen in der Welt als Großmacht durchzusetzen. In der ZEIT berichtete Bittner dann wohlwollend über diese Rede. Also von kritischem Journalismus gegenüber den Mächtigen keine Rede. Laut „Anstalt“ sind alle diese Zeitungen „Lokalausgaben“ der NATO-Pressestelle. Aber darüber hinaus nicht nur der NATO, sondern auch der deutschen militaristischen Bestrebungen.

Übrigens: Der deutsche Bundespräsident Gauck ist ein Wiederholungs-täter, der zuletzt das erwähnte Thema deutsche Großmachtspolitik nochmals aufgegriffen hat. Er meinte, dass Deutschland sich vermehrt militärisch einmischen solle.



[www.youtube.com/watch?v=BAFaWgo6jtl](http://www.youtube.com/watch?v=BAFaWgo6jtl)

Dieser Link „ZDF spricht Klartext ...“ wurde mittlerweile gelöscht. Offizielle Begründung: „Das mit diesem Video verbundene YouTube-Konto wurde aufgrund mehrerer Meldungen Dritter über Urheberrechtsverletzungen gekündigt.“ Wer Klartext spricht, wird von Youtube gelöscht. So ist das mit den „Sozialen Medien“. Was den Herrschenden nicht passt, wird einfach gelöscht. Das fängt bei Texten an und geht bis zum physischen Tod (siehe USA-Gefängnisse Guantanamo).



## Pensionen

# Lüge der Unfinanzierbarkeit entlarvt

**Der Mathematik- und Statistikprofessor an der Uni Köln, Gerd Bosbach, hat nachgewiesen, dass die Bevölkerungsstatistiken sowie gängige Interpretationen fragwürdig sind.**

Im folgenden Auszüge aus dem Beitrag/Interview im ORF (Ö1-Mittagsjournal, vom 5.12.2014 (Beate Tomasowitsch):

**ORF:**

Langzeitprognosen sind reine Spekulation. Strukturbrüche wie z.B. der Fall der Berliner Mauer können nicht vorhergesagt werden, sagt der Mathematik- und Statistikprofessor Gerd Bosbach von der Universität Köln.

**Bosbach:**

„Wir brauchen Prognosen. Völlig klar, aber keine Prognosen für in 50 Jahre. 1960 mussten wir nicht für heute planen. Wir müssen für die nächsten 10, 20 Jahre planen. Alles darüber Hinausgehende ist Kaffeesatzleserei“.

**ORF:**

Mit der Vorhersage von Bevölkerungszahlen werde Panik erzeugt und die Angst vor der demographischen Katastrophe geschürt.

**Bosbach:**

„Es liegt an weniger Kindern und am längeren Leben und dadurch mehr Rentner. Wenn das das Problem wäre, dann wären wir im letzten Jahrhundert in Deutschland und auch in Österreich baden gegangen. Wir sind im letzten Jahrhundert massiv älter geworden. Der Anteil der Jugendlichen in Deutschland hat sich halbiert und der Anteil der Rentnern in Deutschland hat sich vervierfacht.“

**ORF:**

Bosbach hat sich auch die jüngsten Zahlen der Statistik Austria angeschaut, die als Grundlage für Entscheidungen über die Finanzierung des Pensionssystems herangezogen werden. Konkret geht es darum, wieviel künftig für die Pensionen aufgewendet werden muss. Er meint, darin einige Fehler gefunden zu haben.

**Bosbach:**

„Der größte Statistiktrick ist, dass sie die Veränderungen für 47 Jahre zusammenzählen. Ganz kleine Veränderungen. 1% Wachstum ist in 50 Jahren zwei Drittel mehr.“

## Länger arbeiten - früher sterben?



**ORF:**

Bosbach hat aus den Zahlen der Statistik Austria den Schluss gezogen, dass das Pensionssystem auch mit weniger Menschen die arbeiten und ins System einzahlen, bewältigbar ist.

**Bosbach:**

„Das heißt, ich kucke auf den Erwerbstätigenanteil und der geht um 0,33 % zurück, d.h. jeder Erwerbstätige muss, um die Gesellschaft zu stemmen, eine Produktivitätsentwicklung von 0,33% pro Jahr liefern und alles was mehr kommt, können wir in Steigerung von gesellschaftlichen Wohlstand wenden.“

**ORF:**

Das funktioniert durch eine Steigerung der Produktivität, wonach immer weniger Menschen immer mehr produzieren können. Voraussetzung ist allerdings, dass dieser Produktivitätsfortschritt an die Arbeitenden anteilig ausbezahlt wird, nur so landet das Geld bei den Sozialversicherungen.

**Bosbach:**

„In den letzten 20 Jahren in Deutschland haben wir mit 4% weniger Arbeitsstunden über 30% mehr real produziert.“

**ORF:**

Ob längeres Arbeiten eine Entlastung des Pensionssystems bringt, sieht Bosbach differenziert.

**Bosbach:**

„Wenn wir, wie Statistik Austria, 7 bis 8 Jahre längeres Leben annehmen, dann kann – zumindest ein Teil – auch länger arbeiten. Aber bitte nur, wenn wir keine hohe Arbeitslosigkeit haben.“

**ORF:**

Er selbst könne schon noch einige Jahre arbeiten, meint er, aber es würden schon ganz viele junge Leute auf seine Stelle warten. Und das müsse mitberücksichtigt werden.



## Mahnwache vor dem Sozialministerium Gegen den Abbau sozialer Menschenrechte!

„Wir gedenken der unbekanntem Opfer des zum neoliberalen Aktivierungs- und Arbeitszwangsregime umgebauten „Sozialstaates“.

Die Existenz der von der Wirtschaft als „Überflüssige“ ausgeschiedenen Menschen wird durch dieses immer mehr bedroht. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau führt zu mehr Druck in allen Bereichen:

- **AMS:** Abschaffung des Berufsschutzes 2004, Ausweitung des Sanktionenregimes 2007 auf den "zweiten Arbeitsmarkt". Massiv steigende Zuweisungen in sinnlose Zwangsmaßnahmen statt sinnvolle Arbeit zu schaffen.
- **Invaliditätspension:** Abschaffung befristeter Invaliditätspension, Zwangsrehab oder Bezugseinstellung. Beim Case Management der Krankenkassa sollte diese nun alles überwachen und jede Verzögerung mit Bezugskürzungen bestrafen. Viele Invalide werden von willfährigen AmtsärztInnen einfach zum AMS als angeblich wieder "arbeitsfähig" geschickt und müssen oft sinnlosen und belastenden Zwangsmaßnahmen unterwerfen oder werden gesperrt und dem Verhungern preisgegeben.
- **Mindestsicherung:** Vernetzung mit dem AMS-Sanktionenregime, die ganze Familie muss den Datenstriptease hinlegen und ihr Vermögen "verwerten".
- **Pflegegeld:** Verschärfungen beim Zugang
- **Behinderte:** Herabstufungen beim Behindertenpass, Budgetkürzungen bei den Behinderteneinrichtung und bei der persönlichen Assistenz.

[www.aktive-arbeitslose.at/news/20141210\\_einladung\\_mahnwache.html](http://www.aktive-arbeitslose.at/news/20141210_einladung_mahnwache.html)

## NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!

*Unter diesem Titel sammeln wir seit Mai Unterschriften gegen die Absichten der Sozialpartner, die tägliche Arbeitszeit zu verlängern und danken allen, die dabei mitgeholfen haben und weiter mithelfen wollen, dies zu verhindern. U-Listen zum Herunterladen auf: <http://prosv.akis.at>*

Die Unternehmerseite hingegen sagt klar, dass sie für diese weitere Arbeitszeit-Liberalisierung, d.h. Arbeitszeit-Ausweitung auf Kosten der arbeitenden Menschen ist. So auch die Haselsteiner-Unternehmer-Partei NEOS. Parteichef Strolz und sein „Sozialsprecher“ Loacker meinten ja zur Problematik wie alleinerziehende ArbeitnehmerInnen einen 12-Stunden-Tag managen sollen, dass „wer einen 10-Stunden-Tag bewältigen könne, schaffe dies auch bei 12 Stunden.“

Und was sagt die Gewerkschaftsspitze dazu? Funkstille! Ja noch mehr. Da es Protest von Belegschaftsvertretern, Funktionären und Mitgliedern in Form von Unterschriftensammlungen, Protesten auf der Straße und in Versammlungen gab und gibt – an denen wir uns aktiv beteiligten – gibt, gingen die Sozialpartner-Verhandler seit Sommer ganz zu Geheimverhandlungen über. **Gewerkschaftspolitik und Mitgliederdemokratie schaut anders aus!**

EU:

## Juncker, das Geld und die Rüstung

**Kaum im Amt wurde „aufgedeckt“, welche Rolle Jean Claude Juncker als ehemaliger Regierungschef von Luxemburg bei der Ermöglichung von „Steuerschonung“ für Konzerne und Spekulanten jahrzehntelang betrieb.**

Luxemburg liegt auf Platz zwei der undurchsichtigsten Geldzentren der Welt. Die Betriebsansiedlungsagentur „Luxembourg for Finance“ verwaltet laut eigenen Angaben 2.615 Milliarden Euro – mehr als ein Viertel des EU-weiten Fondsvermögens. 149 Banken mit 713 Milliarden Euro Bilanzsumme gar nicht eingerechnet. Laut Attac seien bis zu 600 Milliarden Euro in luxemburgischen Fonds steuerschonend veranlagt. (Kurier, 7.11.2014)

Getan wurde so, als sei das neu, doch das piffen die Spatzen längst vom Dach. Und was passierte? Nichts. Im Gegenteil: der Aufdecker wurde verhaftet, Juncker ist frei und werkt weiter im Interesse der Konzerne Warum? Weil Juncker der Mann des Kapitals ist und das EU-Parlament eines seiner Exekutivorgane ist.

**Und: weil Jean Claude Juncker auch die EU-Rüstungs- und Kriegsvorbereitungspläne ausdrücklich forciert, hielt der neue Kommissionspräsident, kurz bevor er dies wurde, auf der „2. Berliner Strategiekonferenz“ das gut bezahlte (15.000 Euro) Hauptreferat.**

Er präsentierte in seinem Referat erneut das strategische Hauptziel des Militärisch-Industriellen-Komplexes:

*„Wir brauchen eine europäische Armee!“ Schon während des Wahlkampfes hatte Juncker für eine europäische Armee unter Brüssels Oberkommando getrommelt, damit „Europa seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen“ und dafür sorgen könne, dass „es keine Sonderwege der Mitgliedstaaten gibt.“*

Also, für uns Österreicher heißt das Ausschaltung von Neutralität und Demokratie!

### Junckers Motto:

Mit einer Stimme sprechen, mit einer Faust zuschlagen. Das deckt sich vor allem mit den Interessen der Berliner Machteliten, die Juncker als Kommissionspräsidenten wollten. „Zufälligerweise“ kam Junckers Wahlkampfleiter aus dem Hause Bertelsmann.

Fortsetzung nächste Seite

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkwiese in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

### Einsenden an:

Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,  
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen\*  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

### Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift  
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-  
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-  
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070  
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift  
ist die des obgenannten Vereins.

Die Bertelsmann-Stiftung einer der einflussreichsten deutschen „Think-Tanks“ hat bereits vor mehr als zehn Jahren diese Marschroute vorgelegt:

*„Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtspotenzial gerecht. ... Der Aufbau der Vereinten Europäischen Streitkräfte ... wird die internationale Rolle der EU verändern ... Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“*

### **So wird EU-Politik gemacht**

Juncker, nun EU-Kommissionspräsident, formuliert natürlich smarter, hat er ja selber einmal verraten, wie auf europäischer Ebene Politik gemacht werden muss:

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

### **Lügen als Methode**

Dass Juncker mit seinen Aussagen nicht zimperlich ist, zeigt auch ein Zitat aus dem EU-Observer:

*„Ich bin für geheime Verhandlungen in dunklen Räumen.“* Es gelte die Devise: *„Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“*

Nachdem dieser Satz bekannt wurde, schrieb die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), dass das Sprichwort „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ auch in der Politik gelte: Die EU-Kommission zog aus dem Wirbel um den Juncker-Spruch die Konsequenz, dass der „Umgang mit Krisen ein Balanceakt“ sei. Einschränkung: „Nur offen lügen sollte man nicht.“

Es soll auch erwähnt werden, warum J. C. Juncker 2013 in Luxemburg nach 18 Jahren als Regierungschef des Großherzogtums zurücktreten musste: Er hatte Bombenanschläge, die vom Geheimdienst, der Polizei und luxemburgischen Paramilitärs begangen worden sind, also Staatsterror, um die eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit höherer Sicherheitsausgaben zu überzeugen, gedeckt und war vermutlich auch an der Behinderung der Aufklärung beteiligt.

**So einer wurde zum führenden Mann Europas gemacht? Nein danke!**

*(Quellen: Weser-Kurier, Die Welt, Europas Zukunft, Der Spiegel, Solidarwerkstatt, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg).*

## **Nachtrag – Vorschau:**

Vor 20 Jahren ist Österreich von unseren Regierenden mit Hilfe einer beispiellosen Polit- und Medienkampagne im Jahr 1994 zur EU beigetreten worden. Mit dem Versprechen, dass unsere Neutralität und der Schilling voll erhalten bleiben sowie mit der Drohung, dass ohne EU-Beitritt die Arbeitslosenzahlen steigen und die Pensionen nicht gesichert sein würden.

Das Gegenteil war und ist der Fall, weil die EU eine EU der Konzerne und Banken war und immer mehr ist und nicht das viel versprochene „Soziale Europa“. Auch das immer wieder vorgebrachte Argument, dass durch die EU der Frieden in Europa gesichert wurde und sei, wird immer mehr Lügen gestraft: vom Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens in den 1990er Jahren bis hin zur Einverleibung der Ukraine in die westliche Politik- und Militärhemisphäre (USA, NATO, EU, IWF) – als Vorspiel zum Krieg gegen Russland?

### **Spenden-Einzahlungen**

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

**EmpfängerIn:** W. Leisch,  
**Verwendungszweck:** ÖSK, Spende  
**BIC:** OPSKATWW,  
**IBAN:** AT98 6000 0000 7934 8267

**Danke!**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und  
Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,  
1070 Wien. ZVR 188951949

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

**Wir wünschen alles Gute für 2015  
Mit kollegialen Grüßen, ÖSK**

**Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt**  
Abs. Österreich. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien